

## Kirche darf Opfern nicht jahrelange Prozesse zumuten

### Sexualisierte Gewalt

**Zum Artikel „Aufarbeitung von Missbrauch dauert noch Jahre“ (Trierischer Volksfreund vom 27. Dezember):**

Wieder einmal beschäftigt sich der Volksfreund mit dem leidigen Thema „Missbrauchsskandal in der katholischen Kirche“. Wieder einmal offenbart Bischof Ackermann, dass er diesem Thema immer noch mit einer Abwehrlage entgegentritt. Wenn er sinngemäß sagt, „wahrscheinlich gebe es Versäumnisse aus heutiger Sicht, die beim damaligen Handeln aber nicht gesehen wurden“, so ist es im TV zu lesen. Wir reden hier über den Zeitraum der 1950er Jahre bis heute. Haben sich die Moralvorstellungen oder die Gesetzeslage seitdem geändert?

Nein, das haben sie nicht. Jeder Bischof, der Verantwortung in dieser Zeit getragen hat, hat schlichtweg versagt.

Inzwischen geht man von 579 Opfern aus, die ja dann entschädigt werden müssen. Bischof Ackermann wartet jetzt offenbar darauf, dass diese Opfer die katholische Kirche auf Schmerzensgeld verklagen. Das ist doch wieder ein Skandal. Rechnet der Bischof vielleicht damit, dass nicht alle Opfer klagen und es so für die Kirche billiger wird? Wenn Herr Ackermann noch einen Rest von Verantwortungsgefühl und moralischer Integrität besitzt, sollte er jetzt auf all diese Opfer zugehen, auch auf die, bei denen die Taten verjährt sind, und von sich aus großzügige Entschädigungen anbieten und den Opfern nicht noch jahrelange Gerichtsprozesse zumuten.

Hans-Werner Thesen, Kenn

## Es wird Zeit, dass sich Rentner endlich wehren

### Renten und Pensionen

**Zum Leserbrief „Rentner ohne Lobby“ (Trierischer Volksfreund vom 23. Dezember):**

Ich muss dem Verfasser dieses Leserbriefes in allen Punkten Recht geben. Ich selbst habe verschiedene Politiker, unter anderem „unsere“ Ministerpräsidentin Frau Dreyer, den Arbeitsminister Hubertus Heil, „unsere“ Bundeskanzler und sämtliche Parteien – außer der AfD – wegen dieser Ungerechtigkeit zwischen Renten und Pensionen angeschrieben. Antwort bekam ich nur von den „Linken“.

Die Aussage von „unserem“ Bundeskanzler, dass die Zahl der Rentner/innen für die Zahlung einer Inflationsprämie zu hoch sei, finde ich eine Frechheit. Pensionäre und natürlich auch Politiker haben diesen Ausgleich erhalten.

Rentner dürfen sich nun im neuen Jahr auf eine Erhöhung von wahrscheinlich 3,5 Prozent „freuen“. Wenn man dann sieht, wie hoch die augenblicklichen Lohn-erhöhungen sind und welchen Betrag Pensionäre erhalten, ist das eine Frechheit. Es wird Zeit, dass sich Rentner/innen endlich zusammenschließen und sich gegen diese Ungerechtigkeit wehren.

Peter Zingerling, Thomm

**Produktion dieser Seite:**  
Ilse Rosenschild

## Nur noch Profit im Profi-Fußball

Geld regiert die (Fußball-)Welt. Und das nicht erst seit der knappen Entscheidung der Verantwortlichen der 36 Klubs der 1. und 2. Bundesliga, einen Investor in die Deutsche Fußball Liga (DFL) einsteigen zu lassen. Inzwischen sind noch drei potenzielle Geldgeber im Rennen. Die Moneten sollen vor allem in die Digitalisierung und Internationalisierung fließen. Ein Teil des Geldes wird auch an die Klubs gehen. Unter anderem soll ein Vergütungssystem geschaffen werden, das die Klubs belohnt, die zu Werbezwecken ins Ausland reisen. Aber: Mitbestimmen soll der potenzielle Geldgeber etwa bei Pflichtspielen im Ausland oder Anstoßzeiten nicht. Doch wie sagte schon Franz Beckenbauer: „Schau'n mer mal ...“

KARIKATUR:  
ROLAND GRUNDHEBER



## Zu viel ist zu viel oder die unrentable Produktion von Nahrungsmitteln

### Agrardiesel

**Zu den Artikeln „Bauernprotest mit Traktoren“ (TV vom 19. Dezember), „Mit schwerem Gerät durch die Innenstadt“ (TV vom 22. Dezember) und zum Kommentar „Peinlicher Kampf um den Agrardiesel“ (TV vom 19. Dezember):**

Natürlich müssen Krankenschwestern und Verkäufer die Agrardiesel beihilfe mit ihren Steuern bezahlen, so wie alle anderen Steuerzahler auch. Das gilt gleichermaßen für alle Subventionen, also auch zum Beispiel für diejenigen der energieintensiven Industriebetriebe. Offensichtlich ist es ok, wenn energieintensive Industriebetriebe bei der Bewältigung der stark gestiegenen Energiekosten vom Staat unterstützt werden, nicht aber die Landwirtschaft. Warum das so sein muss, ist nicht zu verstehen. (Die Bundesregierung hat kurzfristig einige der angekündigten Subventionskürzungen zurückgenommen oder abgemildert, Anm. der Redaktion).

Aus meiner Sicht sachlich falsch ist die Aussage, nach der die Subventionen aus „Klimasicht“ problematisch sein sollen und zwar deshalb, weil es keine Alternative zum Verbrauch des Agrardiesels gibt. Landwirte fahren nicht aus Vergnügen auf ihren Äckern herum, sondern weil es eine produktions-technische Notwendigkeit ist. Zu glauben, dass durch eine Senkung oder Abschaffung der Agrardieselbeihilfe der Verbrauch an Agrardiesel gesenkt werden kann, ist deshalb naiv. Dies würde nur dazu führen, dass noch mehr landwirt-

schaftliche Betriebe in Deutschland die Produktion aufgeben und noch mehr Lebensmittel aus dem Ausland importiert werden müssen, mit viel schlimmeren ökologischen Auswirkungen. Wir erleben gerade am Beispiel von Medikamenten und Computerchips, was es für Auswirkungen hat, wenn man die Produktion größtenteils ins Ausland verlagert. Dann sind diese Produkte nämlich nur noch sehr eingeschränkt verfügbar. Offensichtlich ist es Ziel einiger politischer Gruppierungen, durch Gängelung und Schikane der heimischen Landwirtschaft bei Lebensmitteln das Gleiche zu erreichen. Das kann nur fatal enden.

Andreas Steinberg, Seffern

Ich wüsste mal gerne, welchen Ökonomen der Agrardiesel ein Dorn im Auge ist. Jeder Betriebswirtschaftler, der sich mit der Situation der deutschen Landwirtschaft ernsthaft befasst, stellt fest, wie schlecht es um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft im internationalen Vergleich gestellt ist, obwohl die natürlichen Produktionsbedingungen im Vergleich zu vielen Regionen deutlich besser sind. Auf deutschen Äckern wird von vielen Familienbetrieben unter hohen Auflagen umweltschonend gearbeitet. Und das in einem Hochlohnland. Wird jetzt die Wettbewerbsfähigkeit noch weiter künstlich durch Steuern (volle Mineralölsteuer und KFZ-Steuer auf

landwirtschaftliche Maschinen) beeinträchtigt, kommt es zu erheblichen Verwerfungen, die dazu führen werden, dass die Produktion nicht mehr rentabel ist und abwandert. In der Theorie müsste der Erzeuger jetzt nur den Preis erhöhen, um am Standort weiter produzieren zu können. Dies funktioniert in der Praxis aber nicht so einfach, da die Preisfindung an den Börsen stattfindet. Der Aufruhr ist völlig berechtigt; liegt doch die Stundenentlohnung bei Berücksichtigung einer angemessenen Eigenkapitalverzinsung weit unter einem für einen Betriebsleiter in einer anderen Branche üblichen Satz. Daher ist die Aussage des Deutschen Bauernverbandes „Zu viel ist zu viel“ völlig berechtigt. Und ich hoffe, diesmal geht man keine faulen Kompromisse ein, bis die zwei oben genannten Maßnahmen ersatzlos gestrichen sind. Hoffentlich kommt man in Berlin zu dieser Erkenntnis, bevor ziviler Ungehorsam dazu führt, dass unser Land Bilder wie in Frankreich erlebt. Traktorfahrten und Demonstrationen sind nur der Anfang. Die einfachste Lösung für den Agrardiesel wäre es, einfach Heizöl zu tanken, wie es etwa in Frankreich völlig legal üblich ist. Dann würde auch jede Menge Verwaltung wegfallen.

Alexander Bohr, Diplomingenieur (FH), öffentlich bestellter Sachverständiger für Ackerbau, Bohrschaf, Welschbillig

Bauern-Proteste in Berlin, Trier

und weiteren Orten und dabei Bilder mit Symbolcharakter, weil die Proteste gleichzeitig bei zwei der berühmtesten deutschen Stadttore stattfanden. Vor 2000 Jahren, als die Porta Nigra von den Römern erbaut wurde, nannte man die Bauern noch Hirten und sie mussten sogar nachts ihre Tiere hüten. Damals wurden sie aber sogar von strahlenden Engeln eingeladen, um die Geburtsstätte des Christuskindes aufzusuchen. Welch ein Unterschied zu damals, diesmal wurden die Bauern nicht von Engeln eingeladen, sondern sie fuhrten aus Protest gegen die Sparbeschlüsse der Regierung, weil es mal wieder eine Berufsgruppe trifft, die nicht nur versucht, die Bürger mit vernünftigen einheimischen Produkten zu versorgen und Wiesen und Äcker sowie die Landschaft so zu bewahren, dass sich die Bürger, sei es in Ost oder West, auch wohl fühlen. Vor 2000 Jahren durften die Bauern und Hirten noch das Christuskind bewundern, heute über 2000 Jahre später müssen sie sich gegen Subventionsklau und gegen zu geringe Milch- und Fleischpreise wehren, wobei sie dann bei den Lebensmittel-Discountern genauso wenig beliebt sind wie vor 2000 Jahren die Hirten beim Volk. Es wird endlich Zeit, dass landwirtschaftliche Produkte so vergütet werden, dass die Bauern nicht demonstrieren müssen und sie davon auch leben können.

Ullrich Papschik, Bitburg

## Möglicher Investoren-Einstieg: Kann die Faszination des Fußballs bewahrt werden?

### Profi-Fußball

**Zum Artikel „Profifußball macht Weg für Investoren frei“ (TV vom 12. Dezember):**

Die jüngst beschlossene Möglichkeit eines Investoreneinstiegs in die Bundesliga wirft Fragen auf, die nicht unbeachtet bleiben sollten. Die Entscheidung, einem Finanzinvestor Mitspracherecht einzuräumen, ist von mehreren Aspekten her kritisch zu betrachten. Zunächst stellt sich die Frage, ob das zusätzliche Geld, das für den Ausbau der Internationalisierung und digitaler Inhalte (Streaming-Plattform) vorgesehen ist, über die Jahre tatsächlich effektiv genutzt wird oder im Laufe der

Zeit verpufft. Bedenken bezüglich einer möglichen Wettbewerbsverzerrung durch ohnehin ungleiche Geldverteilung und das Streben des Investors nach Rendite sind berechtigt, insbesondere wenn man internationale Beispiele betrachtet, in denen eine solche Einflussnahme bereits existiert. Die ehemalige DFL-Geschäftsführerin Donata Hopfen brachte einst ins Spiel, das Supercup-Finale im Ausland stattfinden zu lassen. Also warum keine Saisonöffnung in New York oder ein Relegationsspiel in Saudi-Arabien? Das Topspiel des Tages könnte vormittags stattfinden, zur fan-freundlichen Anstoßzeit – der asiatischen versteht sich.

Eine Milliarde Euro (Die Summe soll es in etwa für die kompletten Medienrechte über 20 Jahre hinweg geben, Anm. der Redaktion) sind circa 28 Millionen Euro pro Verein. Dafür verzichtet man über 20 Jahre auf acht Prozent der TV-Einnahmen. Allein bei Vereinen der Mittelklasse wie beispielsweise Freiburg könnte das pro Jahr vier bis fünf Millionen Euro nach aktueller Bezahlung sein. Die Kritik an der Attraktivität der Bundesliga besteht durch etliche Konstrukte (Leipzig, Leverkusen, Hoffenheim und Wolfsburg) sowie kleinere Vereine (Darmstadt, Heidenheim, Augsburg oder Mainz), für die sich die breite Mehrheit

nicht interessiert. Warum sollte das Menschen im Ausland interessieren, wenn es noch nicht mal die Leute im Inland begeistert? Hier stellt sich die Frage nach der Relevanz solcher Formate für Zuschauer im In- und Ausland. Insgesamt bleibt zu hoffen, dass die Verantwortlichen die Balance zwischen finanziellen Interessen und den Werten des Fußballs wahren. Die Zukunft wird zeigen, inwiefern der mögliche Investoreneinstieg die Bundesliga prägen wird und ob dabei die Identität sowie Faszination des Fußballs bewahrt werden können.

Vroni Flausch, Schweich-Issel

## Wir sollten nicht mehr knallen!

### Bölller

**Zu den Artikeln „Sicherheit durch mehr Böllerverbotzonen?“ (TV vom 2. Januar), „Region lässt es knallen: Große Nachfrage nach Feuerwerk“ (TV vom 29. Dezember) und „Rufe nach Verbot von Böllern werden laut“ (TV vom 28. Dezember):**

Silvester feiern ist eine schöne Sache, aber Gefährdungen durch Feuerwerkskörper auslösen eine andere. Live habe ich miterlebt, wie zwischen zwei Häuserreihen Raketen teilweise in Dosen gezündet wurden, die nicht mehr senkrecht nach oben flogen, sondern unkontrolliert durch die Straßen zischten. Dazu kam noch eine ungünstige Wetterlage mit starkem Wind, die Böller gezündet von Ahnungslosen oder Unbelehrbaren, die nicht wissen, dass man dafür eine Glasflasche verwenden kann. Nicht nur, dass der ganze Straßenzug nach Schwarzpulver roch und die Atemwege blockierte, die Holzstäbe landeten teils mit Zündhülsen auf den Fahrzeugen, Hausdächern und Dachrinnen.

Ich habe für vieles Verständnis, aber was derzeit abgeht, geht gar nicht. Die Verpackungen der Raketen fliegen durch die Gegend, und überbeuerte abgebrannte Feuerwerksbatterien zieren den Straßenzug. Am nächsten Morgen wurde früher immer der entstandene Unrat vor der Haustüre weggekehrt, aber jetzt wird eine Schleuse von Dreck hinterlassen. Ich bezeichne so etwas als eine „wilde Deponie“. Konnte man vor ein paar Jahren noch vor die Tür gehen und sich ein gutes neues Jahr wünschen, ist dies immer schwieriger. Der extreme Lärm, die Gefahren, insbesondere durch Feuer und Emissionen, fast unmöglich.

Viele Tierhalter müssen ihre Tiere beruhigen, da anscheinend auch die Knallkörper immer lauter werden. Auch zum Wohl der Tiere, der Umwelt zuliebe und für die Gesundheit sollte der Jahreswechsel nicht mehr in dieser Form stattfinden.

Stefan Mayer, Trier

## WWW

Aktuelle Nachrichten finden Sie im Internet unter der Adresse [volksfreund.de](http://volksfreund.de)

## HINWEIS

Liebe Leserin, lieber Leser!

Haben Sie Anmerkungen oder Kritik zu Artikeln oder Kommentaren, die im Trierischen Volksfreund erschienen sind? Dann schreiben Sie uns bitte!

Ihr Leserbrief sollte maximal 2400 Zeichen inklusive Leerzeichen lang sein. Wir behalten uns vor, sinnwährend zu kürzen. Bitte beachten Sie, dass wir aus Platzgründen nicht alle Leserbriefe veröffentlichen können.

Die Einsender sind damit einverstanden, dass ihr Name und Wohnort in der Zeitung und im Internet auf [volksfreund.de](http://volksfreund.de) veröffentlicht und archiviert werden.

Geben Sie bitte Ihre Adresse und Telefonnummer für Rückfragen an. Für unaufgeforderte eingesandte Original-Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Und so erreichen Sie uns: E-Mail: [leserbriefe@volksfreund.de](mailto:leserbriefe@volksfreund.de); Brief: Trierischer Volksfreund, Hanns-Martin-Schleyer-Str. 8, 54294 Trier